

„Rassismus könnte Obama noch stoppen“

Amerika-Expertin Katja Gelinsky über die Bedeutung der Hautfarbe bei den US-Wahlen und den Endspurt der beiden Kandidaten

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Katja Gelinsky ist seit dem Jahr 2001 Redakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) in den USA.

> Frau Gelinsky, Barack Obama liegt in Umfragen vorne. Ist die Wahl für John McCain schon gelaufen?

Es wird sicherlich sehr schwierig für McCain, das Rennen in den letzten zwei Wochen noch einmal zu drehen. Aber wir haben in diesem Wahlkampf schon so viele Überraschungen erlebt, dass ich das keinesfalls ausschließen würde.

> Was müsste denn passieren, um Obama noch zu stoppen?

Ein terroristischer Anschlag, zu dem es hoffentlich nicht kommt, könnte dem Zweikampf eine neue Dynamik geben. Denn in der Außen- und Sicherheitspolitik wird immer noch McCain die größere Kompetenz zugeschrieben. Aber auch im Wahlkampf selbst kann noch einiges passieren. Vor vier Jahren hat die „Schnellboot-Kampagne“, die den Vietnam-Einsatz des Demokraten John Kerry diskreditierte, auch erst in den letzten Wochen vor der Wahl richtig gegriffen.

> Kann Obama auch versteckter Rassismus noch schaden?

Ja, ganz sicher. Das hat man in den Vorwahlen bereits gesehen. In New Hampshire lag Obama in den Umfragen rund zehn Prozent in Führung, aber das Rennen in dem Bundesstaat hat Hillary Clinton dann gewonnen. Man weiß zwar nicht, welche Rolle Obamas Hautfarbe dabei gespielt hat, aber es liegt nahe, dass sie einer der Gründe dafür war, dass Hillary Clinton in New Hampshire siegte.

> Zeigt sich der Rassismus auch im amerikanischen Alltagsleben?

Der Rassismus ist heute subtiler, als in

früheren Generationen. Es gibt nur noch selten offene Anfeindungen oder gar Angriffe gegen Schwarze oder Angehörige anderer Ethnien. Das macht es aber auch schwieriger, den Rassismus zu bekämpfen.

Das wäre ein Meilenstein in der amerikanischen Geschichte. Das sehen übrigens die meisten Amerikaner so, unabhängig von ihrer Hautfarbe. Gerade ältere Schwarze, die noch die Rassentrennung

noch zu tun bleibt. Es ist noch keineswegs selbstverständlich, dass ein Schwarzer Präsident werden könnte.

> Was passiert, wenn Obama es doch nicht schafft?

Es wird in den USA derzeit viel darüber gerätselt, wie die Stimmung dann wäre und ob es womöglich gar zu Ausschreitungen käme. Ich glaube, es kommt stark darauf an, ob der Eindruck entstände, dass Obama wegen seiner Hautfarbe verloren hat. Und dafür spräche vieles, wenn sich die Parameter im Wahlkampf nicht mehr entscheidend verschieben. Schließlich liegt Obama in Umfragen ja vorne.

> Wie viel politischen Spielraum hat der nächste Präsident überhaupt, angesichts der finanziellen Belastung des US-Haushalts durch die Finanzkrise?

Das ist in der Tat ein großes Problem. Die Kandidaten wollen bisher zwar noch keine Abstriche an ihren Programmen machen. Aber daran, dass sie keine großen Versprechungen werden einlösen können, gibt es gar keinen Zweifel. Besonders McCain dürfte sich sehr schwer tun, da der Kongress aller Voraussicht nach eine demokratische Mehrheit haben wird.

> Mit welchem Kandidaten fiele es Deutschland und der EU leichter, zusammenzuarbeiten?

Die tiefe Enttäuschung bei vielen Deutschen, falls Obama doch nicht gewinnen sollte, wird in den transatlantischen Beziehungen keine Rolle spielen. Unter beiden Kandidaten würden sich die Beziehungen wohl verbessern, weil sowohl Obama als auch McCain multilateraler eingestellt sind, als die Bush-Regierung. Beide sind zudem beim Thema Klimawandel deutlich aufgeschlossener. Insgesamt könnte Obama aber durch seine diplomatische und pragmatische Art der umgänglicheren der beiden Kandidaten sein.



„Es ist noch keineswegs selbstverständlich, dass ein Schwarzer Präsident werden könnte“: Barack Obama hat viel erreicht, doch könnte ihn versteckter Rassismus Stimmen kosten. Foto: AP

fen oder einzuschätzen, wie verbreitet rassistische Einstellungen noch sind.

miterlebt haben, betonen immer wieder, wie unglaublich es ihnen erscheint, dass ein Schwarzer erstmals realistische Chancen auf die Präsidentschaft hat. Das zeigt natürlich auf der anderen Seite, wie viel

> Welche Bedeutung hätte es, wenn erstmals ein Schwarzer Präsident würde?

Iraker protestieren gegen US-Truppen

Vertrag erlaubt längere Präsenz

Bagdad. (AP) Mehrere zehntausend Anhänger des radikalen schiitischen Predigers Muktada al Sadr haben in Bagdad gegen ein geplantes Sicherheitsabkommen der irakischen Regierung mit den USA protestiert. Al Sadr rief alle Abgeordneten des Bagdader Parlaments dazu auf, gegen die Vereinbarung zu stimmen. Die schiitische Regierungskoalition erklärte am Sonntag, Teile des Abkommens bedürften noch Ergänzungen. Es bestehe weiterhin Gesprächsbedarf.

Ministerpräsident Nuri al-Maliki traf unterdessen den britischen Verteidigungsminister John Hutton, um Verhandlungen für eine Vereinbarung mit London vorzubereiten. Die Verträge mit den USA und Großbritannien müssen noch vor Jahresende abgeschlossen werden, da das bisherige UN-Mandat zur internationalen Truppenpräsenz ausläuft.

Nach wochenlangen Verhandlungen hatten sich Washington und Bagdad jüngst auf einen Entwurf für ein Abkommen geeinigt, wonach die US-Truppen noch bis Ende 2011 im Irak verbleiben dürfen.

NACHRICHTEN

Kräftiges Plus für Rentner?
Die 20 Millionen Rentner in Deutschland können 2009 auf eine deutliche Erhöhung ihrer Altersbezüge hoffen. Laut „Spiegel“ hat der Schätzerkreis der Rentenversicherung ermittelt, dass die Altersbezüge zum 1. Juli 2009 um 2,75 Prozent steigen sollen.

IFW ermittelt gegen Strauss-Kahn



Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat gegen seinen Chef Dominique Strauss-Kahn (r.) Ermittlungen wegen Vorwürfen einer Affäre mit einer Untergebenen eingeleitet. Dabei gehe es um die Frage, ob Vorteile gewährt worden seien. Strauss-Kahns Ehefrau Anne Sinclair (l./Foto: dpa) gab ihrem Mann Rückendeckung.

Streit um Geld für Bildung
Zwischen Bund, Ländern und Kommunen bahnt sich vor dem Bildungsgipfel Streit über die Finanzierung der Bildungspolitik an. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich gegen Geldforderungen der Länder aus. „Das wird kein Finanzgipfel, auf dem Steueranteile neu verteilt werden“, sagte sie.

FBI fehlen Finanz-Ermittler
Der US-Bundespolizei FBI mangelt es nach einem Bericht der „New York Times“ an Ermittlern zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Zuge der Finanzkrise. Grund sei, dass zu viele Beamte in den vergangenen Jahren für die Terrorbekämpfung abkommandiert worden seien.

Weltgipfel sollen Krise bewältigen

Reform des Finanzsektors geplant

Washington. (dpa) Die USA und die EU wollen mit einer Serie von Weltfinanzgipfeln die aktuelle Bankenkrise bewältigen und den internationalen Finanzsektor reformieren. Ziel der Gipfelserie, die bereits im November beginnen sollte, sei es, eine Wiederholung der Turbulenzen zu verhindern. Darauf einigten sich US-Präsident George W. Bush, der französische Staatschef und EU-Ratsvorsitzende Nicolas Sarkozy sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Samstag (Ortszeit) in Camp David (US-Bundesstaat Maryland). „Wir müssen sicherstellen, dass sich solche Krisen nicht wieder ereignen“, betonte Bush. Nach den Worten Sarkozys geht es darum, gemeinsam „den Kapitalismus der Zukunft“ aufzubauen. Barroso sagte: „Wir brauchen eine neue internationale Finanzordnung.“ An der Gipfelserie, die mit einem ersten Treffen bald nach den US-Wahlen (4. November) in den USA beginnen könnte, sollen neben den führenden Industriestaaten auch Schwellenländer wie China und Indien teilnehmen, hieß es.

Die Angst der Banken vor der Blamage

500 Milliarden sind ab heute abrufbereit – Doch wer sich meldet, gefährdet damit sein Geschäft

Von Ruppert Mayr

Berlin. Die Banken sehen das gigantische Rettungspaket des Staates vor Augen – aber wissen nicht, wie sie davon profitieren können, ohne stigmatisiert zu werden. Derjenige, der den ersten Schritt macht, und damit zugibt, notleidend zu sein, läuft Gefahr, einen massiven Bonitätsverlust zu erleiden. Die Bayern haben nun als erste ihr Interesse an der staatlichen Unterstützung signalisiert. Allerdings sind die massiven Probleme ihrer Landesbank bereits weithin bekannt, sie hatten also nicht mehr viel zu verlieren.

Wesentlich schmerzhafter dürfte ein Ansehensverlust in der Öffentlichkeit wohl vor allem für Privatbanken sein. Erste Hinweise liefert jetzt schon der merkliche Zulauf für Sparkassen. Zum grundsätzlichen Misstrauen der Banken untereinander könnte künftig noch ein erheblich rauherer Ton im Werben um Kundschaft kommen. Eine Kostprobe davon, wie sich dies anhören könnte, bot der Chef des Branchenprimus. Josef Ackermann sagte selbstbewusst: „Die Deutsche Bank benötigt kein Kapital vom Staat. ... Wir sind eine der stärksten

und am besten kapitalisierten Banken der Welt.“ Und zitiert wird Ackermann auch mit den Worten: „Ich würde mich schämen, wenn wir in der Krise Staatsgeld annehmen würden.“

Zurückhaltender und offener für das staatliche Hilfsangebot trat der Vorstandssprecher der Commerzbank, Martin Blessing, auf: „Ich glaube, es ist die Pflicht eines jeden Bankers, eine Teilnahme an dem Paket zu prüfen. Denn von der Kapitalstärke hängt es ab, ob auch weitere Kredite vergeben werden können, was in einem Abschwung ganz wichtig ist.“ Und als einer der wenigen aus der Branche räumte er ein: „Die gesamte Bankenbranche trägt große Verantwortung an der Krise – auch ich als Chef der zweitgrößten Bank in Deutschland.“

In ihrer Not wollen nun mehrere Institute ausloten, ob sie sich in einem gemeinschaftlichen Vorgehen unter den Schutzschirm stellen können. Auch wenn die Liquidität und damit der Handel untereinander derzeit das drängendste Problem der Banken ist, böte eine Kapitalaufstockung eine Möglichkeit, zusammen und ohne Ansehensverlust unter den staatlichen Schutzschirm zu kommen. Wenn die

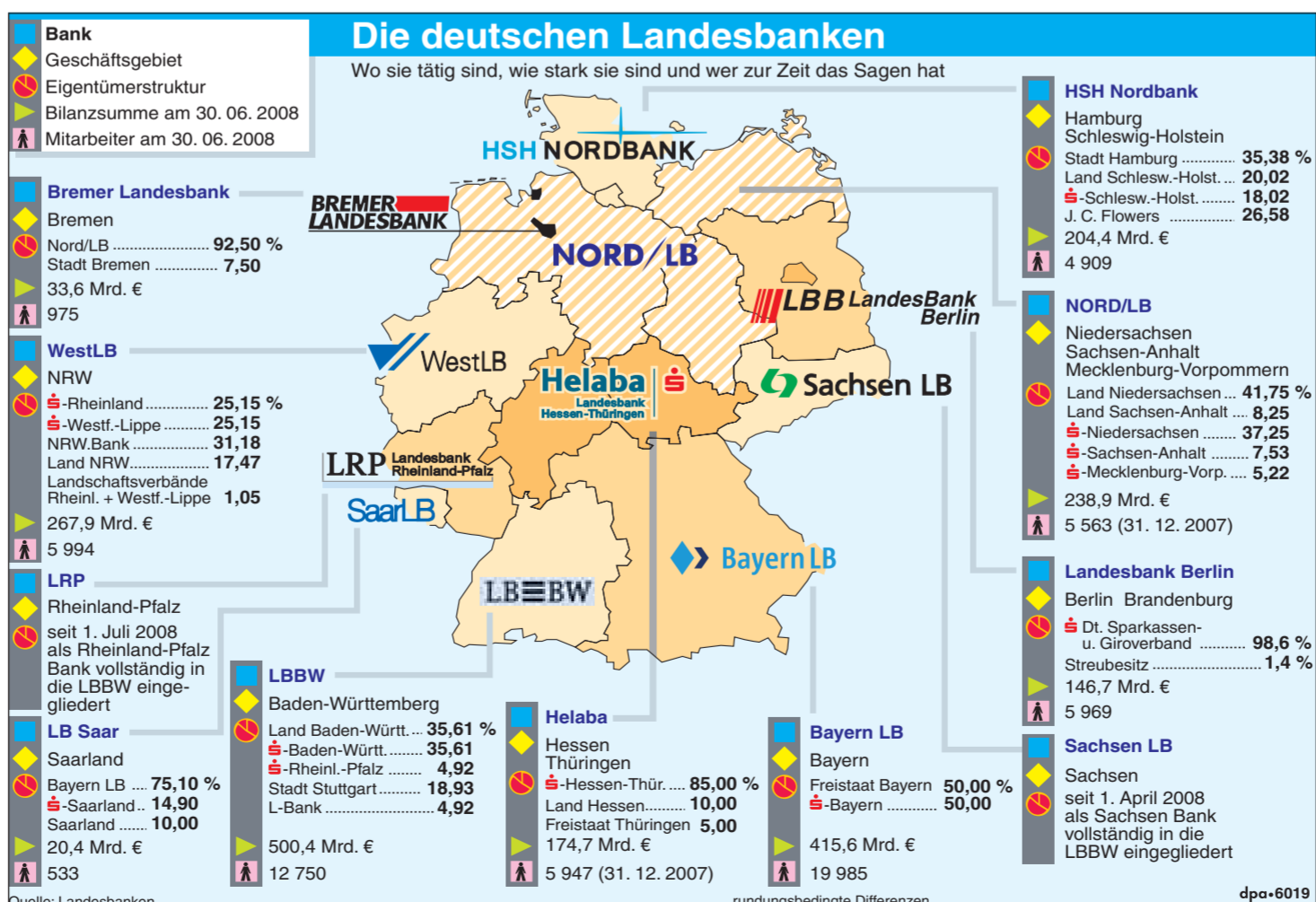
Kernkapitalquote von derzeit sieben bis neun Prozent auf Untergrenzen von neun bis zehn Prozent angehoben würde, könnte der Bund mit einem Schlag an allen Bankhäusern beteiligt werden.

Dies würde nicht nur das Ansehen schonen, sondern auch die Wettbewerbsnachteile für die deutschen Banken ausgleichen, die dadurch entstanden, dass die amerikanische und die britische Regierung ihre Banken verpflichteten, den Staat zu beteiligen. Und auf längere Sicht kann eine staatliche Beteiligung in der Öffentlichkeit auch Vertrauen schaffen. Jedenfalls: ein solcher Schritt eröffnet dem Staat erhebliche Einflussmöglichkeiten – auf Managergehälter, Bonuszahlungen und Dividendenausschüttung.

In dieser Gemengelage kommt es nicht unwesentlich darauf an, wie vertraulich das Bundesfinanzministerium das Interesse der Banken an Hilfen behandelt. Denn wenn die Angst bleibt, und sich keiner aus der Deckung wagt, könnte der Effekt des 500-Milliarden-Euro-Paketes verpuffen. Experten gehen deshalb davon aus, dass sich vor allem Staats-, also Landesbanken melden könnten. Denn die haben wenig an Ruf zu verlieren.

Zehntausende nahmen Abschied von Haider

Klagenfurt. (AFP) Zehntausende Menschen haben am Samstag in Klagenfurt Abschied von dem umstrittenen österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider genommen. Die Beisetzungszereimonie für den vor einer Woche tödlich verunglückten 58-Jährigen glich einem Staatsbegräbnis. Verwandte, Freunde und Ehrengäste geleiteten den mit roten Rosen geschmückten Sarg durch die Innenstadt zum Neuen Platz. Dort zollte der scheidende Bundeskanzler Alfred Gusenbauer dem extrem streitbaren, aber in Kärnten beliebten Politiker Respekt. Anschließend wurde im Dom die Totenmesse zelebriert. Der Leichnam Haiders sollte eingeschert und auf seinem Anwesen in Bärntal beigesetzt werden.
Rund 25 000 Menschen erwiesen Haider nach Polizeiangaben die letzte Ehre, als der Sarg auf einem Fahrzeug der österreichischen Armee durch Klagenfurt geleitet wurde. Befürchtungen, die Feierlichkeiten könnten von einem Aufmarsch von Neo-Nazis begleitet werden, bestätigten sich jedoch nicht.
Der 58-jährige Landeshauptmann von Kärnten war am vergangenen Samstag mit seinem Wagen gegen einen Betonpfeiler gerast. Er war viel zu schnell und betrunken gefahren.



Gibt Nordkorea heute Kims Tod bekannt?

Tokio. (AFP) Inmitten von immer neuen Spekulationen um den Gesundheitszustand von Staatschef Kim Jong Il hat Nordkorea japanischen Medienberichten zufolge eine „wichtige Erklärung“ angekündigt. Wie die Zeitung „Sankei Shimbun“ am Sonntag unter Berufung auf eine nicht näher genannte Quelle im japanischen Verteidigungsministerium berichtete, wollte Pjongjang am Montag eine „wichtige Information“ verkünden. Es sei jedoch nicht bekannt, ob diese Mitteilung in Zusammenhang mit dem nordkoreanischen Staatschef stehe, schrieb die Zeitung. Das Außenministerium in Tokio lehnte eine Stellungnahme zu dem Bericht ab, der Gerüchten über den möglichen Tod Kim Jong IIs oder eine Machtübernahme in dem stalinistisch regierten Land neue Nahrung gab.
Am Samstag hatte bereits die japanische Zeitung „Yomiuri Shimbun“ unter Berufung auf informierte Kreise berichtet, dass Pjongjang seine Diplomaten im Ausland dazu aufgefordert habe, sich auf eine „wichtige Bekanntgabe“ in einigen Tagen einzustellen. Kim Jong Il ist seit Wochen von der Bildfläche verschwunden und war Anfang September unter anderem nicht zur Parade anlässlich des Nationalfeiertags in Nordkorea erschienen.